

## **„Ein dramatischer Fehler“**

**Ungerecht, falsch finanziert und zu teuer – Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer geißelt das Rentenpaket der Regierung als eine Reform ohne Sachverstand. (...)**

*Von Thomas Sigmund und Peter Thelen*

(...) für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat die schwarz-rote Regierung in den ersten 100 Tagen vor allem eines gebracht: Enttäuschungen.

„Egal, was etwa die Rente mit 63 für Auswirkungen hat. Die Devise lautet: Augen zu und durch“, kritisiert BDA-Präsident Ingo Kramer die von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) geplante Rente mit 63 und die Mütterrente (...) „Da wird gegen den wirtschaftlichen Sachverstand entschieden um des lieben Koalitionsfriedens willen“ (...)

Ökonomen lehnen die geplante große Rentenreform (...) ebenfalls fast geschlossen ab. „Eine ausgewählte Klientel der Parteien bekommt hier ihre Wahlgeschenke“, sagt Axel Börsch-Supan (...).

Das Arbeitsministerium rechnet damit, dass durch die geplante abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren und die Mütterrente für Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, Mehrkosten von 160 Milliarden Euro bis 2030 entstehen. Finanzwissenschaftler prognostizieren die Zusatzkosten dagegen auf 200 bis 230 Milliarden Euro. (...)

(...) Die eigentlich vorgeschriebene Senkung des Rentenbeitrags von 18,9 auf 18,3 Prozent kassierte der Bundestag per Gesetz wieder ein. Für Unternehmen und Beitragszahler bedeutet das eine jährliche Belastung von jeweils drei Milliarden Euro.

Dies ist umso ärgerlicher, als das Versprechen der Koalition, durch das Rentenpaket „mehr Gerechtigkeit“ für Mütter mit niedrigen Renten zu schaffen, kaum einzulösen ist. (...) Gerade Frauen mit niedriger Rente profitieren auch nicht von der Mütterrente, weil das höhere Ruhestandsgehalt mit der Grundsicherung im Alter verrechnet wird. (...)

(...)

Dennoch gibt es kaum wirklichen Widerstand gegen das Rentenpaket. Die Mehrheit der Regierung ist so komfortabel, dass selbst mehr als 180 Abgeordnete der Koalition mit Nein stimmen könnten. (...)

*Der vollständige Artikel erschien in Handelsblatt am 1. April 2014*